



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

29.11.2016

Fragen an die Vernehmlassungsteilnehmenden

Klimapolitik der Schweiz nach 2020:

Übereinkommen von Paris, Abkommen mit der Europäischen Union über die Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme, Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Teil 1: Gesamtbeurteilung der Vorlage

Teil 2: Frage zur internationalen Klimapolitik der Schweiz

Teil 3: Fragen zur Zielsetzung (national und international)

Teil 4: Frage zur Verknüpfung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem

Teil 5: Fragen zur Ausgestaltung der nationalen Klimapolitik nach 2020

Teil 6: Schlussfragen

Allgemeine Angaben

Bitte ausfüllen:

Stellungnahme von:	KlimaSeniorinnen Schweiz
Zuständige Stelle:	Vorstand
Datum:	30/11/2016
Kategorie:	Verein für den Schutz der Gesundheit vor den Folgen der Klimaerwärmung

Freiwillige Angaben (zur Erleichterung der Auswertungen):

Schliessen Sie sich einer anderen Stellungnahme an?

☐ Ja ☐ Ja, teilweise ☒ Nein (vereinzelte Antworten wurden von der Klima-Allianz übernommen, was wir entsprechend gekennzeichnet haben)

Falls «ja» oder «ja, teilweise»: welcher Stellungnahme schliessen Sie sich an?

Bitte klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Falls teilweise, mit welcher Ausnahme?

Bitte klicken Sie hier, um anzugeben, in welchen Punkten Sie sich der anderen Stellungnahme nicht anschliessen möchten. Sie erleichtern uns damit die Auswertung.

Teil 1: Gesamtbeurteilung der Vorlage

Frage 1: Sind Sie grundsätzlich mit der Vernehmlassungsvorlage zur Klimapolitik nach 2020 (Übereinkommen von Paris, Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme, Totalrevision des CO₂-Gesetzes) einverstanden?

- ☐ Ja ☐ Ja, aber...
☒ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Die vorgeschlagene Totalrevision des CO₂-Gesetzes entspricht dem Übereinkommen von Paris nicht. Dieses setzt für den Schutz von uns allen und insbesondere von verletzlichen Gruppen wie Seniorinnen oder auch Kleinkindern einen neuen Massstab: die Eindämmung der Erwärmung auf *deutlich* unter 2 Grad Celsius und möglichst 1.5 Grad Celsius. Dieses Ziel gilt es in der Schweiz entschlossen umzusetzen.

Dieses neue Ziel wurde vereinbart, weil das vorher geltende 2 Grad Ziel nicht ausreicht, um Menschen und Ökosysteme genügend vor irreversiblen Schäden zu schützen. So besteht bei einer Klimaerwärmung von 2 Grad ein hohes Risiko für Schäden bei einzigartigen und gefährdeten Ökosystemen sowie für vermehrte und verstärkte extreme Wetterereignisse wie, z.B. für die KlimaSeniorinnen besonders gravierend, Hitzeperioden.

Auch um die in der Bundesverfassung und der EMRK verbriefte staatliche Schutzpflicht zu wahren, muss der Bund unseres Erachtens die Ziele des Pariser Übereinkommens in das CO₂-Gesetz übernehmen und entsprechend dieser Zielsetzung eine deutlich verstärkte Klimapolitik mit Wirkungen in allen Sektoren vorschlagen. Die gesamte Politik muss darauf abzielen, dass die Schweiz – gemäss unseren auf den Angaben des IPCC basierenden Berechnungen – im Inland bis 2050 netto null Emissionen erreichen wird.

In der aktuellen Fassung ist der Vorschlag für ein neues CO₂-Gesetz unakzeptabel, sind doch die Pariser Ziele nicht umgesetzt und die Ambitionen der Schweiz weit entfernt davon zu genügen, wobei mehr als erstaunt, dass die Ambitionen für die inländischen Emissionsreduktionen als tiefer angesetzt sind als im geltenden CO₂-Gesetz. Dies auch deswegen, weil die Schweiz heute schon besonders stark von der Klimaerwärmung betroffen ist und in Zukunft umso mehr sein wird, wenn es nicht gelingt, die Erwärmung zu stoppen (Bericht Brennpunkt Klima Schweiz). Zudem kann die Schweiz aufgrund des vorhandenen Wohlstands und des enormen Wissens deutlich mehr tun und entsprechend auch Zeichen für andere Länder setzen, damit das Problem global auch wirklich gelöst wird.

Teil 2: Frage zur internationalen Klimapolitik der Schweiz

Frage 2: Soll die Schweiz das Übereinkommen von Paris ratifizieren?

Erläuternder Bericht: Kapitel 3

- ☒ Ja ☐ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ratifikation und stringente Umsetzung des Übereinkommens in allen Vertragsstaaten, auch der Schweiz, sind für die Vermeidung einer für die Menschheit gefährlichen Klimaerwärmung ein Muss. Hier gibt es aus wissenschaftlicher Sicht keine Zweifel.

Teil 3: Fragen zur Zielsetzung (national und international)

Frage 3: Die Schweiz hat auf internationaler Ebene bereits im Vorfeld zum Übereinkommen von Paris ihre Verminderungsziele angekündigt:

- Gesamtziel: Verminderung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990; und
- Durchschnittsziel: Verminderung der Treibhausgasemissionen um 35 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2030 gegenüber 1990.

Mit der Ratifikation des Abkommens von Paris werden diese Ziele auf internationaler Ebene definitiv und müssen auch im CO₂-Gesetz nach 2020 festgeschrieben werden.

Sind Sie mit dem Gesamtziel und mit dem Durchschnittsziel der Schweiz einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.1

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 3

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Begründung:

Für eine entschlossene Umsetzung des Pariser Klimaschutz-Abkommens ist diese Zielsetzung dann dienlich, wenn die Emissionsreduktionen im Inland erbracht werden. Für die Beurteilung dieser Frage ist für uns allein das Inlandziel massgebend, da dieses darüber entscheidet, ob die Schweiz ihren Beitrag an die Zielsetzung in Paris mittel- und langfristig tatsächlich leistet. In Frage 4 erläutern wir im Detail, warum das bestehende 30% Inlandziel ungenügend ist.

Frage 4: Zusätzlich zum Gesamtziel von minus 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 will der Bundesrat auf nationaler Ebene folgende Inlandziele im Gesetz verankern:

- Inlandziel: Verminderung der im Inland emittierten Treibhausgase um mindestens 30 Prozent bis 2030 gegenüber 1990; und
- Durchschnittsziel Inland: Verminderung der Treibhausgasemissionen um 25 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2030 gegenüber 1990 durch Massnahmen im Inland.

Die zur Erreichung des Gesamtziels zusätzlich notwendige Verminderungsleistung von 20 Prozent kann die Schweiz durch im Ausland erbrachte Emissionsvermindierungen abdecken.

Sind Sie mit den vorgeschlagenen Inlandzielen (-30% bis 2030 gegenüber dem Jahr 1990 und -25% im Durchschnitt der Jahre 2021-2030 gegenüber dem Jahr 1990) einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.1

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 3

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Begründung:

Wie in unserer Rechtsschrift (abrufbar unter: http://klimaseniorinnen.ch/wp-content/uploads/2016/11/161124-Gesuch-um-Erlass-anfechtbarer-Verfuegung_final.pdf) dargelegt, ist aus unserer Sicht schon das geltende Ziel einer 20%-Reduktion bis 2020 im Vergleich zu 1990 ungenügend und verfassungswidrig. Die Erkenntnisse aus den vierten und fünften Sachstandsberichten des IPCC zeigen klar, dass Länder wie die Schweiz nur schon für die Erreichung des 2-Grad-Ziels bis 2020 eine Reduktion von 25-40% bis 2020 anstreben müssten.

Das gleiche gilt unserer Ansicht nach für das 2030 Ziel, sofern es über Massnahmen im Ausland erreicht werden soll. Werden – gerade in solch hohem Masse – Emissionsreduktionen im Ausland zugekauft, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz mittel- und langfristig ihren eigenen Beitrag an das in Paris vereinbarte „deutlich unter 2-Grad-Ziel“ nicht leisten können wird, *erheblich*. Verpasst die Schweiz es *jetzt, selber* die nötigen Reduktionen zu tätigen und auf eine emissionsarme Wirtschaft umzustellen, riskiert sie in hohem Masse, *diese Transformation nicht mehr rechtzeitig zu schaffen*.

Für die Herleitung eines demgegenüber wissenschaftlich soliden Inland-Zieles für 2030 geben wir hier diesbezügliche Ausführungen aus unserer Rechtsschrift wieder (Randziffer 43 ff. – wir verzichten hier der Leserlichkeit halber auf die Angaben der Quellen – diese sind alle in der Rechtsschrift aufgeführt):

Im fünften Sachstandsbericht finden sich sieben Arten von Lastenteilungen (sog. effort-sharing), wobei für die Einhaltung des 2-Grad-Ziels mit 66%-Wahrscheinlichkeit

- bis 2030 von OECD-1990-Ländern je nach Lastenteilung Reduktionen von mindestens 40% bis weit über 100% gegenüber 2010 im Inland erbracht werden müssen. Für den Durchschnitt aller Lastenteilungsarten wird eine Reduktion von 50% bis 2030 angegeben.
- bis 2050 von OECD-1990-Ländern bei allen Lastenteilungsarten Reduktionen von mindestens 80% bis 95% gegenüber 2010 erbracht werden müssen.

Damit wird der im vierten Sachstandsbericht angegebene Zielwert für Annex-I-Länder von 80-95% bis 2050 direkt und der Zielwert von 25-40% bis 2020 indirekt bestätigt.

Beide Angaben gelten für die Einhaltung einer Maximal-Konzentration von 450 ppm CO₂eq bis 2100, womit nach bestem Wissensstand eine Wahrscheinlichkeit von 66% für die Einhaltung des 2 Grad Celsius Ziels gegeben ist. Die im Rahmen des Pariser Übereinkommens festgelegten tieferen Zielsetzungen von «deutlich unter 2 Grad Celsius» und «möglichst 1.5 Grad Celsius» verlangen allerdings eine Stabilisierung der Konzentration auf einem tieferen Niveau. Die Reduktionsanstrengungen müssen zudem verstärkt werden, wenn a) aufgrund des Vorsorgeprinzips eine höhere Sicherheit für die Zielerreichung zu erreichen (z.B. 75% an Stelle von 66%) oder wenn b) ein Lastenteilungsmodell gewählt wird, welches die historischen Emissionen und die Wirtschaftskraft der Länder mitberücksichtigt.

Für das neue Pariser Klimaschutz-Ziel muss die kritische Konzentration deutlich unter den bisherigen Schwellenwert von 450 ppm CO₂eq gebracht werden. Im fünften Sachstandsbericht gibt es Analysen für eine Konzentration von weniger als 430ppm CO₂eq. **Diese zeigen für OECD-1990 Länder bis 2050 für alle Arten der Lastenteilung (ausser «equal marginal abatement costs») eine Reduktionsleistung in der Bandbreite von 90% bis über 100%.** Nachfolgend die entsprechende Figur aus dem Bericht:

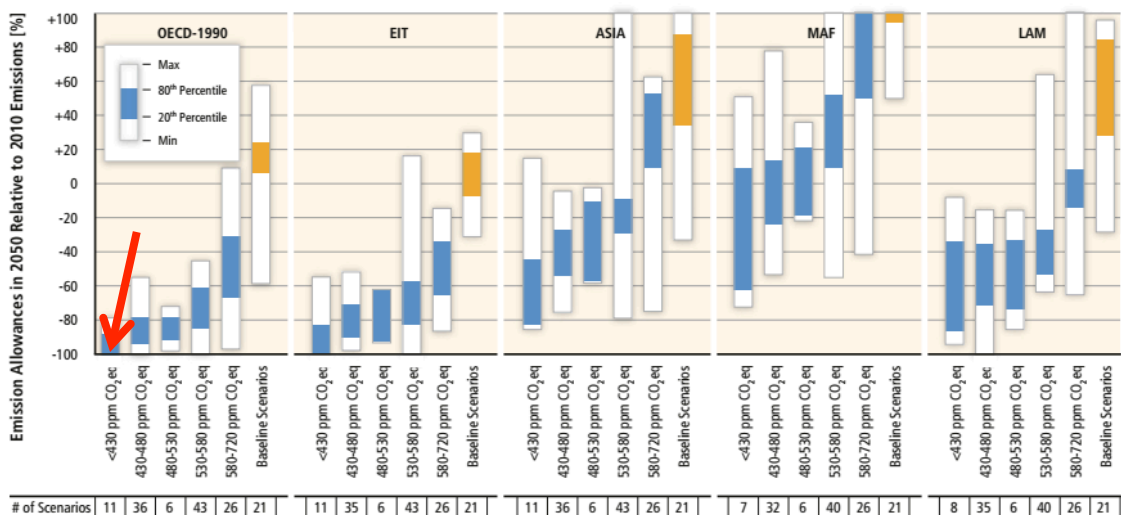


Figure 6.29 | Emission allowances in 2050 relative to 2010 emissions for different 2100 CO₂eq concentration ranges by all effort-sharing categories except 'equal marginal abatement costs'. For comparison in orange: baseline scenarios. Source: Adapted from Höhne et al. (2014). Studies were placed in the CO₂eq concentration ranges based on the level that the studies themselves indicate. The pathways of the studies were compared with the characteristics of the ranges, but concentration levels were not recalculated.

Vor diesem Hintergrund, unter Einbezug

- des global verbleibenden Klimabudgets und der daraus abgeleiteten minimalen Reduktionsleistungen für sämtliche Länder (vgl. hierzu Rz. 41 der Rechtsschrift);
- der vereinbarten Regel, dass entwickelte Länder (Annex-I-Länder im 4. Sachstandsbericht und OECD-1990 Länder im fünften Sachstandsbericht) – so auch die Schweiz – sich beim Klimaschutz führend einbringen (vgl. hierzu Rz. 42 der Rechtsschrift)

wie auch vor dem Hintergrund der

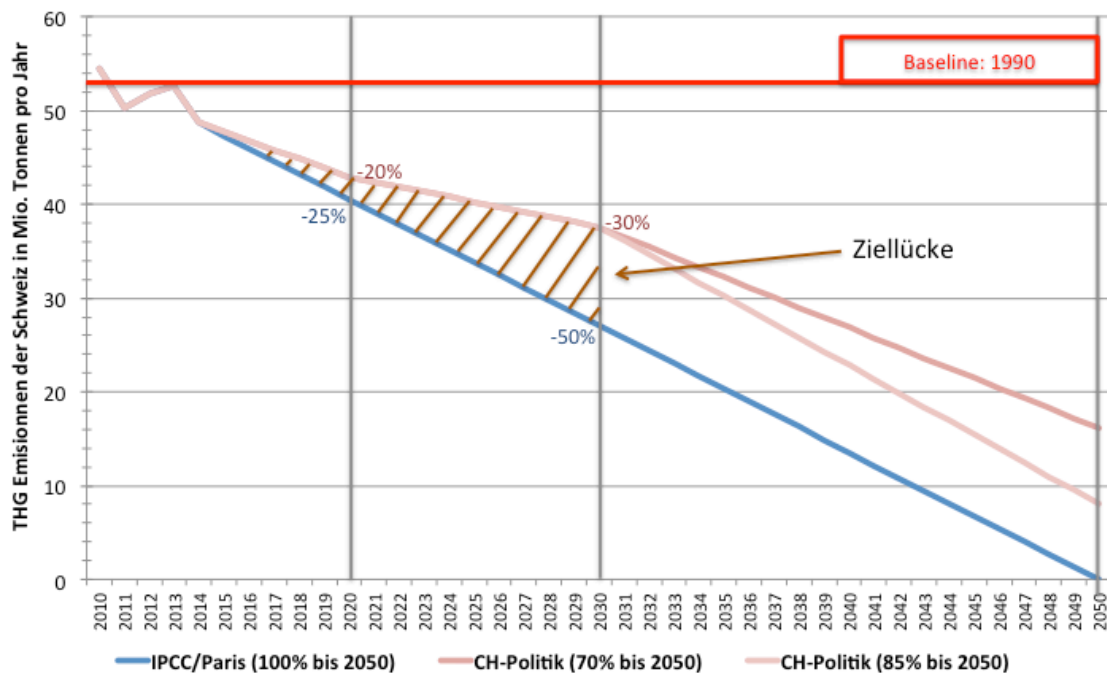
- enormen zeitlichen Dringlichkeit, die ein Verschieben von inländischen Reduktionsanstrengungen verbietet;
- und dem aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse präzisierten Ziel, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad beschränkt werden soll (so aufgenommen in Art. 2 Abs. 1 Bst. a Pariser Übereinkommen)

ergibt sich, dass die Schweiz ihre inländischen THG-Emissionen bis 2050 gegenüber 1990 im Mindesten auf Null reduzieren muss, um ihren Beitrag an die effektive Vermeidung der bei einer Erwärmung von 2 und mehr Grad Celsius drohenden Klima-Katastrophen zu leisten.

Muss die Schweiz ihre THG-Emissionen bis 2050 gegenüber 1990 mindestens auf Null reduzieren, bestätigt sich unter Zuhandnahme eines linearen Absenkpades

- die im vierten Sachstandsbericht beschriebene, notwendige Zielsetzungen von mindestens 25% (bis 40%) für Annex-I-Länder bis 2020, wie auch
- die im fünften Sachstandsbericht für OECD-1990 Länder im Durchschnitt der Lastenteilungsarten resultierenden Reduktionsleistung von rund 50% bis 2030. Im Übrigen ist anzumerken, dass je nach Art der gewählten Lastenteilung die für 2030 geforderte Reduktionsleistung gar 100% und mehr erreichen könnte, und die hier präsentierten Zahlen deshalb Mindestwerte darstellen.

Zum derzeitigen Inlandsziel von minus 20% gegenüber 1990 bis 2020 und von minus 30% gegenüber 1990 bis 2030 besteht damit eine wesentliche Ziellücke, wie die nachfolgende Figur (eigene Darstellung) veranschaulicht.



Die vom Bundesrat geplante Gesetzgebung würde zu einer Ziellücke für die Phase zwischen 2020 und 2030 führen, die in späteren Phasen fast nicht mehr zu kompensieren ist, weil die kumulierten Emissionen insgesamt innerhalb des verbleibenden Budgets bleiben müssen. So müssten nach 2030 unrealistisch steile Absenkpfade erreicht werden, was das Risiko, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen insgesamt verfehlt, stark erhöht.

Wir fordern den Bundesrat und die zuständigen Ämter daher auf, die Gesetzesvorlage so zu überarbeiten, dass im Minimum die Empfehlungen der Wissenschaft des Weltklimarates IPCC eingehalten werden können. Andernfalls liegt unseres Erachtens eine Verletzung der elementaren Schutzpflichten des Schweizer Staats vor.

Teil 4: Frage zur Verknüpfung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem

Frage 5: Die Schweiz und die EU streben eine Verknüpfung der jeweiligen Emissionshandelssysteme (EHS) an. Dazu sollen die jeweiligen Emissionsrechte gegenseitig anerkannt werden für die jährliche Abgabe durch die Unternehmen, die zur Teilnahme am EHS verpflichtet sind. Die seit 2011 laufenden Verhandlungen mit der EU über eine Verknüpfung der Emissionshandelssysteme konnten zum Jahreswechsel 2015 / 2016 auf technischer Ebene abgeschlossen werden. Ein entsprechendes Abkommen wurde paraphiert; dieses bleibt bis zur Unterzeichnung durch den Bundesrat sowie die zuständigen EU-Stellen vertraulich. Das paraphierte Abkommen regelt neben der gegenseitigen Anerkennung auch die Harmonisierung der wesentlichen Elemente der jeweiligen Emissionshandelssysteme, um eine Gleichbehandlung der Akteure sicherzustellen. Im Falle einer Verknüpfung soll neu auch der Flugverkehr in das Schweizer EHS einbezogen werden. Das paraphierte Abkommen bzw. die Verknüpfung kann nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Damit das Abkommen in Kraft treten kann, muss es von beiden Seiten unterzeichnet und ratifiziert werden. Der Fahrplan dafür ist offen. Unternehmen, die am EHS teilnehmen, sind im Gegenzug von der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe befreit.

Sind Sie mit der Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU einverstanden?

Erläuternder Bericht: Kapitel 5

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 16 – 24

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Begründung:

So lange der EU-ETS (noch) kein wirksames klimapolitisches Instrument ist, macht aus unserer Sicht eine Verknüpfung wenig Sinn. Der CO₂-Preis ist aktuell so tief (ca. 4-8 Eur/t CO₂), dass das System die falschen Anreize gibt. Im schlimmsten Fall droht das System dazu zu führen, dass Inlands-Emissionsreduktionen mit EU-ETS Zertifikaten schön gerechnet werden, das gilt es in jedem Fall mit geeigneten Massnahmen zu verhindern.

Teil 5: Fragen zur Ausgestaltung der nationalen Klimapolitik nach 2020

Die im Teil 3 vorgeschlagenen Ziele sollen mit entsprechenden Verminderungsmassnahmen erreicht werden. Grundsätzlich will der Bundesrat ab 2020 vermehrt auf Lenkungs- statt auf Förderinstrumente setzen (siehe Botschaft des Bundesrates zum Verfassungsartikel über ein Klima- und Energielenkungssystem KELS). Nachstehend werden einige Fragen zu den wichtigsten vom Bundesrat vorgeschlagenen klimapolitischen Instrumenten für die Zeit nach 2020 gestellt.

Nicht erneut aufgeführt ist die EU-kompatible Ausgestaltung des Emissionshandelssystems, die mit Teil 4 des Fragebogens bereits abgedeckt ist.

CO₂-Abgabe und Abgabebefreiung für emissionsintensive Unternehmen ohne Teilnahme am EHS

Frage 6:

- a) Sind Sie mit der Weiterführung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe nach dem bewährten Mechanismus zur Abgabeerhöhung in Abhängigkeit der Emissionsentwicklung und bis zum vorgeschlagenen Maximalsatz von 240 Franken pro Tonne CO₂ einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.4.1

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 29 und 30

- ☐ Ja ☒ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Ja, die CO₂-Abgabe ist wahrscheinlich das beste Klimaschutzinstrument und muss darum unbedingt beibehalten werden. Wir fordern zudem eine Ausweitung auf sämtliche fossile Energien, insbesondere auf den Verkehr. Im weiteren schliessen wir uns den Ausführungen der Klima-Allianz an.

- b) Sind Sie mit der Weiterführung der Ausnahmeregelung zur Abgabebefreiung für emissionsintensive Unternehmen, die nicht am Emissionshandelssystem teilnehmen, einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.7.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 31 - 34

- ☐ Ja ☒ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Eine umfassende Treibhausgas-Abgabe mit Grenzsteuerausgleich ist aus unserer Sicht viel sinnvoller als das heutige sehr bürokratisch erscheinende Ausnahmeregelungssystem, das für uns sehr schwer zu durchschauen ist. Ohne eine solche grundsätzliche Kursänderung muss aber wohl oder übel eine Befreiungsmöglichkeit beibehalten werden.

- c) Sind Sie damit einverstanden, dass die Befreiungsberechtigung aus dem Verhältnis der CO₂-Abgabelast des Unternehmens zum massgebenden Lohn der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hergeleitet wird und mindestens 1 Prozent betragen soll?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.7.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 31 - 34

- ☐ Ja ☒ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Eine Definition über eine Kennzahl scheint uns sinnvoll zu sein, weil diese Unternehmen tatsächlich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit betroffen sein könnten. Eine Kennzahl macht auch deswegen Sinn, weil damit klar bestimmbar ist, wer befreit werden kann und wer nicht. Es ist im Sinne einer Abgabe, dass möglichst alle Verbraucher von Brennstoffen diese auch bezahlen.

d) Welche der beiden vorgeschlagenen Varianten für die Ausgestaltung der Abgabebefreiung bevorzugen Sie im Grundsatz? Bitte klicken Sie nur ein Feld an.

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.7.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 31

- ☐ Variante «Harmonisierung»; oder
☐ Variante «Entflechtung»
☒ keine Stellungnahme

e) Wenn Sie mit keiner der beiden vorgeschlagenen Varianten vollumfänglich einverstanden sind, wie müsste der Mechanismus zur Abgabebefreiung Ihrer Meinung nach ausgestaltet sein? Bitte formulieren Sie Ihre Vorschläge so kurz wie möglich.

Die Lösung muss verständlich, nachvollziehbar und so einfach wie möglich sein, um die erwünschten Wirkungen erzielen zu können.

Gebäude

Frage 7: Gemäss geltendem CO₂-Gesetz (Art. 9) sind die Kantone dazu verpflichtet, mittels Gebäudestandards für eine zielkonforme Reduktion der CO₂-Emissionen bei Gebäuden zu sorgen und entsprechende Standards für Neu- und Altbauten zu erlassen. Diese Bestimmung soll im Zeitraum nach 2020 beibehalten werden.

Im Zuge des Verfassungsartikels über ein Klima- und Energielenkungssystem KELS (SR 15.072) hat der Bundesrat entschieden, das Gebäudeprogramm spätestens fünf Jahre nach Einführung der Klimalenkungsabgabe auf Brennstoffe einzustellen und keine weiteren Teilzweckbindungen mehr zuzulassen.

a) Sind Sie damit einverstanden, dass die Teilzweckbindung für das Gebäudeprogramm losgelöst von der KELS-Vorlage bis 2025 befristet wird?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.5.1

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 37

- ☐ Ja ☒ Nein
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Wir verstehen nicht, warum das Gebäudeprogramm, das eines der wenigen erfolgreichen Instrumente in der nationalen Klimapolitik zu sein scheint, befristet werden soll. Dies insbesondere auch deswegen, weil es unbestritten ist, dass die Sanierungsraten deutlich erhöht werden müssen, um die Pariser Klimaschutzziele erreichen zu können.

Eine Beendigung des Programms ist nur dann gerechtfertigt, wenn andere Regulierungsvorhaben den Ausfall an Emissionsrückgang wettmachen, was aber nicht vorgesehen ist.

In diesem Sinne ist auch anzumerken, dass eine Aufweichung der Berichterstattungspflichten der Kantone im neuen Art. 8 nicht zielführend ist, sondern das heute im Rahmen von Art. 9 bestehende Vollzugsproblem bloss verschärft. Wir verweisen hierzu auf unsere Rechtsschrift.

b) Sind Sie damit einverstanden, dass für den Fall einer nicht ausreichend starken Reduktion der CO₂-Emissionen bei Gebäuden ein subsidiäres Verbot für den Ersatz bestehender und den Einbau neuer fossiler Heizungen aktiviert werden kann?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.5.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 9

- ☐ Ja ☒ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Wir schliessen uns hier der (gekürzten) Antwort der Klima-Allianz an: Ein Verbot fossiler Heizungen ist in jedem Fall anzustreben, nach Möglichkeit nicht nur subsidiär. Dies umso mehr, als andere Staaten bereits heute ein vorbehaltloses Verbot von Ölheizungen einführen (respektive bereits eingeführt haben), und inzwischen auch rein wirtschaftliche Gründe für Systeme auf Basis erneuerbarer Energien sprechen. Trotz ermutigender Zahlen aus dem Neubau-Bereich ist das

(subsidiäre) Verbot auch deshalb notwendig, weil die Schweiz einen unrühmlichen Spitzenplatz einnimmt beim Heizen mit Erdöl.¹

Allerdings ist 2029 für ein subsidiäres Verbot viel zu spät. Heutige Öl- und Gasheizungen halten bis zu 25 Jahre. Für den laut Paris-Vereinbarung erforderlichen Ausstieg aus den fossilen Energien in der ersten Jahrhunderthälfte dürfen folglich spätestens nach 2025 gar keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden, besser schon ab heute. **Das zum Auslösen der subsidiären Massnahme relevante Zwischenziel für Gebäude muss daher für spätestens 2023 festgelegt werden und das Einbauverbot im Fall einer Zielverfehlung spätestens per 1.1.2025 gelten.**

Für den Gebäudebestand ist die Vorgabe noch nicht eindeutig genug. Denn sie soll nur gelten beim «vollständigen» Ersatz der Heizanlage. Hier sind Missbrauch Tür und Tor geöffnet (allein schon, weil der Kessel meist länger hält als der Brenner). Wir schlagen darum folgende Anpassung für Art. 9 Abs. 1 lit, b vor:

“b. in bestehenden Bauten beim Ersatz kompletter Heizanlagen oder wesentlicher Teile.”

c) Sind Sie mit den auf Gesetzesstufe vorgesehenen Ausnahmeregelungen – für den Fall, dass das Verbot fossiler Heizungen aktiviert werden würde – einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.5.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 9

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Begründung:

Auch hier schliessen wir uns der Antwort der Klima-Allianz an: Die Ausnahmeregelungen sind anzupassen: Härtefall-Lösungen müssen immer möglich sein, aber für alle Gebäude mit GEAK-Klasse C und besser zeitlich unbefristet (!) den Einbau von nicht mehr zeitgemässen Öl- und Gasheizungen zu erlauben, ist nicht kompatibel mit den Zielsetzungen von Paris. Und erst recht nicht verständlich ist, dass sogar für manche Neubauten der Einbau von Fossilheizungen über 2029 hinaus erlaubt sein soll. **Das heisst, die Ausnahmeregelungen sind auf absolute Härtefälle zu beschränken.** Generell können dafür nur Fälle in Frage kommen, bei denen eine fossile Heizung über den gesamten Lebenszyklus und unter Berücksichtigung aller Fördermittel eindeutig kostengünstiger sind als erneuerbare Lösungen und wo alle zumutbaren Effizienzmassnahmen für Gebäudehülle und Haustechnik ergriffen wurden.

Ein Verbot fossiler Heizungen geniesst übrigens auch starken Rückhalt in der Bevölkerung, wie die dieses Jahr veröffentlichte Univox-Umwelt-Studie zeigt.²

¹ Für den Ländervergleich auf Basis Eurostat-Zahlen sowie einen Kostenvergleich:
<http://www.wwf.ch/de/aktuell/medien/medienmitteilungen/?1954/Schweiz-ist-Europameisterin-im-Heizen-mit-Erdoumll>

² Die Hälfte der Befragten befürwortet ein Ölheizungsverbot, nur ein Viertel ist dagegen.
<http://www.wwf.ch/de/aktuell/medien/medienmitteilungen/?2039/Univox-Umwelt-Drei-von-vier-Personen-unterstutzen-Energiewende>

Verkehr

Frage 8:

- a) Sind Sie mit der Weiterführung der Kompensationspflicht für Importeure fossiler Treibstoffe, inkl. der vorgeschlagenen Aufteilung zwischen Inland- und Auslandkompensation, einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.6.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 25 - 27

- ☐ Ja ☐ Ja, aber...
☒ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Die Kompensationspflicht ist ein gefährliches Instrument, weil sie dazu dient, am effektiven Problem – den zu hohen Treibhausgasemissionen des Verkehrs – nicht ansetzen zu müssen. Zusätzlich führt diese Massnahme zu einer aufwändigen Administration, weil sicher gestellt werden muss, dass keine Projekte finanziert werden, die sowieso entstanden wären. Diese Sicherstellung wird mit zunehmenden Ambitionen immer schwieriger, weil es dann weniger ungenutzte Potenziale gibt.

Unserer Meinung nach verlangt die Umsetzung des Pariser Übereinkommens einen Kurswechsel beim Verkehr hin zu effektiv lenkenden Massnahmen. Wir fordern daher die Ausweitung der CO₂-Abgabe bzw. ein vergleichbares Lenkungsinstrument für den Verkehrssektor.

- b) Sind Sie mit einer Weiterführung der CO₂-Emissionsvorschriften für Fahrzeuge (für Personenwagen sowie für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper) in Anlehnung an die EU einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.6.1

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 10 - 15

- ☐ Ja ☒ Ja, aber...
☐ Nein ☐ Nein, es sei denn...
☐ keine Stellungnahme

Begründung:

Die Festlegung von Grenzwerten ist an sich sinnvoll, sie beschleunigt den notwendigen Kurswechsel der Automobilhersteller und gibt ihnen eine Planungssicherheit. So lange aber die Autohersteller mit ihren Labor-Angaben bis zu 40% unter den effektiven Werten liegen, ist die Massnahme wenig wirkungsvoll. Wir fordern daher deutlich verschärfte Grenzwerte und die sofortige Einführung eines Korrekturfaktors für die Behebung der Fehler der Autoherstellerwerte. Für die Festlegung von ambitionierteren Werten verweisen wir hier auf die Stellungnahme der Klima-Allianz, die für 2023 einen Grenzwert von 60 g CO₂/km und für 2030 einen solchen von 20 g CO₂/km vorschlägt. Auch ein Verbot von fossilen Fahrzeugen wäre eine mögliche Massnahme. Andere Länder wie Holland, Deutschland, Dänemark und Norwegen ziehen solche Verbote schon ab 2025 oder 2030 in Erwägung. Diese Länder sind im Gegensatz zur Schweiz Teil der EU – wir sehen deswegen nicht ein, warum der Bundesrat sich hier freiwillig an die Nachvollziehung von EU-Beschlüssen binden möchte.

Weitere, sektorübergreifende Reduktionsmassnahmen

Frage 9: Im Zuge des Verfassungsartikels über ein Klima- und Energielenkungssystem KELS (SR 15.072) hat der Bundesrat entschieden, die jährlichen Einlagen in den Technologiefonds spätestens fünf Jahre nach Einführung der Klimaleistungsabgabe auf Brennstoffe einzustellen und keine weiteren Teilzweckbindungen mehr zuzulassen.

Sind Sie mit der Aufhebung der jährlichen Einlagen in den Technologiefonds ab 2025 (Aufhebung Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe) losgelöst von der KELS-Vorlage einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.4.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 38

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Wie bei Frage 9 erwähnt erwähnt, sehen wir nicht ein, warum Massnahmen terminiert werden sollten, ohne dass klar ist wann und wie diese abgelöst werden können.

Frage 10: Sind Sie mit der Weiterführung der Aktivitäten zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Information und Beratung der Öffentlichkeit und der betroffenen Fachpersonen einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.12

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 48

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, aber... |
| <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Nein, es sei denn... |
| <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme | |

Eine Weiterführung im bisherigen Sinne ist nicht zielführend, denn Art. 41 des bisherigen CO₂-Gesetzes wurde unzureichend umgesetzt. Seit 1.1.2013 besteht ein gesetzlicher Auftrag, es wurden aber unseres Wissens noch keine Umsetzungsvorhaben finanziert. Bei allem Verständnis für den Zeitbedarf für eine Erarbeitung einer Klimastrategie im Bildungsbereich meinen wir, dass das BAFU hier einen absolut ungenügenden Leistungsausweis erbracht hat. Die Aktivitäten im Bereich Aus- und Weiterbildung sollen nun endlich ernsthaft angegangen werden. Es braucht einen eigentlichen Aktionsplan zur Verankerung des Klimaschutzes in Bildung, Information und Beratung. Der OcCC hat hierfür im Jahr 2015 Empfehlungen konkretisiert.

Für die Umsetzung des Aktionsplans müssen genügend Mittel vorgesehen werden – die aktuell vorgesehenen 1.7 Mio. CHF für den Zeitraum 2017 bis 2020 scheinen uns völlig ungenügend. Besser wäre eine Erhöhung der Mittel auf 10 Mio. CHF.

Teil 6: Schlussfragen

Frage 11: Gibt es aus Ihrer Sicht weitere Reduktionsmassnahmen, die der Bundesrat dem Parlament unterbreiten soll? Wenn ja, welche?

Wir halten hier nochmals fest, dass wir die aktuelle Vernehmlassungsvorlage für verfassungswidrig halten und diese deshalb so weder dem Parlament *vorgeschlagen noch in einem Gesetz festgeschrieben werden darf*. Sollte der Bundesrat hierzu anderer Meinung sein, so hat er in der Botschaft eingehend darzulegen, weshalb er seinen Vorschlag vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeits- und Vorsorgeprinzips und seiner aus Verfassung und EMRK fließenden staatlichen Schutzpflichten als ausreichend betrachtet.

Zudem weisen wir darauf hin, dass

- in der Gesetzesvorlage Vorschläge zur Regulierung des Finanzplatzes fehlen (obwohl die Finanzflüsse explizit im Pariser Übereinkommen erfasst sind in Art. 2 Abs. 1).
- Angaben fehlen, wie der Bundesrat seinen Verpflichtungen zur Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen in armen Ländern nachkommen will. Auch hier geht es um die Erfüllung eines Beschlusses der Pariser Übereinkommens
- Das weiterhin Angaben fehlen, wie der wichtige Landwirtschaftssektor reguliert werden soll
- Weiterhin weder eine Treibstoffabgabe noch die Förderung alternativer Antriebe Teil der Vorlage bilden. Es fehlen auch raumplanerische Überlegungen zum Verkehr.
- Das wir keine wirksamen Massnahmen zur Steuerung des stark wachsenden Flugverkehrs erkennen konnten.

Frage 12: Haben Sie weitere Bemerkungen zur Vorlage?

Wir haben ein paar Anmerkungen, die in den oberen Fragen nicht abgedeckt sind:

- Art.3, Abs.4: Kann durch soll ersetzen und Treibstoffe in Auflistung aufnehmen: Der Bundesrat *soll* Ziele und Zwischenziele für a. einzelne Sektoren, für b. Emissionen aus Brennstoffen UND für c. *Emissionen aus Treibstoffen* festlegen
- Art.11, Abs.1: Kann durch soll ersetzen: Der Bundesrat *soll* verpflichtende Zwischenziele vorsehen.
- Art.15, Abs.6: Kann durch soll ersetzen: Der Bundesrat *soll* vorsehen, dass in den Verkaufsunterlagen für Fahrzeuge der Betrag anzugeben ist, ...

Mit Erschrecken haben wir festgestellt, dass der Bundesrat damit rechnet, dass nicht einmal die gesetzlich geregelten Ziele für 2020 erreicht werden können. Wir ersuchen darum den Bundesrat und die zuständigen Ämter, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um mindestens diese gesetzlich festgeschriebene Zielsetzung einhalten zu können. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Pariser Übereinkommens, das explizite und mehrfache Hinweise darauf enthält, dass alle Länder ihre Ambitionen schon VOR 2020 steigern sollten, ist es höchst unverständlich, dass eine solche Steigerung der Ambitionen weder hinsichtlich Massnahmen noch hinsichtlich Zielsetzung überhaupt thematisiert wird.

Aus unserer Sicht wäre vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen, völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gegebenheiten die Korrektur des Ziels für 2020 angezeigt, begleitet von entsprechenden Massnahmen, um die riesigen noch ungenutzten Potenziale im Schweizer Klimaschutz endlich effektiv anzugehen.

Stellungnahme am 30. November 2016 als Word-Dokument und als PDF in elektronischer Form an climate@bafu.admin.ch eingesandt.